

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postfachkonto: Dresden
Ruben & Comp., Nr. 1268

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelheft, 30 Pf. Vierteljahr, 1,20 M. Halbjahr, 2,40 M. Jahr. Ausland: 1,50 M. Vierteljahr, 3,00 M. Halbjahr, 6,00 M. Jahr. Postgebühr 10 Pf. für Vierteljahr, 20 Pf. für Halbjahr, 40 Pf. für Jahr. Abbestellung: 10 Pf. für Vierteljahr, 20 Pf. für Halbjahr, 40 Pf. für Jahr.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Weinsteuern mit der üblichen Unterhaltungsgebühr: 1. Vierteljahr 1,20 M., 2. Vierteljahr 1,20 M., 3. Vierteljahr 1,20 M., 4. Vierteljahr 1,20 M., 5. Vierteljahr 1,20 M., 6. Vierteljahr 1,20 M., 7. Vierteljahr 1,20 M., 8. Vierteljahr 1,20 M., 9. Vierteljahr 1,20 M., 10. Vierteljahr 1,20 M., 11. Vierteljahr 1,20 M., 12. Vierteljahr 1,20 M.

Schriftleitung: Bettendorfer Str. 25/26, Dresden. Druck: 12 bis 1 Uhr. Verlagsdirektor: Dr. 25/26 und 12/27. Geschäftsstelle: von 10 bis 12 Uhr nachmittags.

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelheft, 30 Pf. Vierteljahr, 1,20 M. Halbjahr, 2,40 M. Jahr. Ausland: 1,50 M. Vierteljahr, 3,00 M. Halbjahr, 6,00 M. Jahr. Postgebühr 10 Pf. für Vierteljahr, 20 Pf. für Halbjahr, 40 Pf. für Jahr. Abbestellung: 10 Pf. für Vierteljahr, 20 Pf. für Halbjahr, 40 Pf. für Jahr.

Nr. 238

Dresden, Dienstag den 11. Oktober 1927

38. Jahrg.

Der Zug nach links

Hamburg — Altona — Königsberg

Alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Sozialdemokratie ein erfolgreicher Reichstagswahlkampf bevorsteht. Vor allen Dingen zeugen dafür die zwei Wahlen, die am Sonntag in Hamburg und in Königsberg stattfanden. Schon die Gemeindevahlen im streifen Altona brachten der Sozialdemokratie einen starken Wahlgewinn. Noch mächtiger tritt der Zuwachs vom Sonntag hervor. In Hamburg ein Gewinn von rund 75 000 Stimmen und zehn Mandate mehr. In Königsberg ein Gewinn von 13 000 (Mai 1924) auf 26 852 Stimmen, eine Steigerung der Mandatszahl von 6 auf 15.

Das Hamburger Resultat ist deshalb besonders bedeutungsvoll, weil hier die Sozialdemokratie nicht in der Opposition war, sondern die Verantwortung für die koalitionspolitisch mit den Demokraten und der Volkspartei gemeinsam zu tragen hatte. Die Deutschnationalen und die Kommunisten befanden sich in der glücklicheren Rolle der Opposition. Trotzdem sinkt die Mandatszahl der Deutschnationalen von 28 auf 21 herab; die Kommunisten vermehren nur von 21 auf 28 zu steigen.

Es ist verständlich, daß diese Resultate die auch beträchtliche Verluste der Demokraten und der Volkspartei enthalten. Der bürgerlichen Presse gehörig in die Irren geführt, Erklärungen lokaler Natur reichen hier nicht aus, denn die lokalen Streitfragen lauten in Königsberg, Altona und Hamburg durchaus verschieden. Hier liegen allgemeine Ursachen des Wahlausfalls vor. Sie gelten für ganz Deutschland und sind zurückzuführen auf das glorreiche antisoziale Wirken des schwarzblassen Bürgerblods, in dem die Deutschnationalen die größte Trompete bläsen.

Die Germania stellt betriebl. seit, daß die Regierungsparteien des Reichstags bei allen Wahlen der letzten Zeit mehr oder weniger an Abgang verloren. Das Zollwuchergesetz, das an der einsehenden Teuerung einen beträchtlichen Teil Schuld trägt, die Mieterhöhungen, die unzulängliche Beamtensoldierung, der reaktionäre Schulgesetzentwurf Kordells, die durch die Deutschnationalen verfochtene deutsche Außenpolitik — das alles bringt einen großen Teil der Wähler, die sich bei den letzten Wahlen noch von schwarzweißen Fanatikern oder Volksgemeinschaftspräsidenten betören ließen, zur Besinnung.

Seitdem der Bürgerblock an der Regierung ist, hat es in unserm Lager nicht an Stimmen gekehrt die immer wieder auf die Gefahren hinweisen, die mit der deutschnationalen Regierungsgewalt verbunden sind. Stimmen, die für Regierungsbeteiligung waren. Die Gefahren der deutschnationalen Regierung und die Unverträglichkeit ihrer Füttererpolitik sollen nicht bestritten werden, aber ebenfalls beweisen die Wahlen, wie notwendig es für die Sozialdemokratie war, ihre Oppositionshaltung nicht für Vinsengerichte preiszugeben. Weder in der Opposition allein noch in der Koalitionspolitik liegt das Heil und liegen die Aufgaben einer sozialistischen Massenpartei. Es kommt auf die Situation an; die entscheidet über unsere Taktik. Genosse Döring erklärte auf der jüngsten Reichsbannerkonferenz in Dresden, das Ziel aller Republikaner müsse sein, die Mandatspositionen der Republik zu besetzen. Besser wir regieren und uns schimpfen, als daß unsre Gegner regieren und wir schimpfen. Es gibt aber noch ein Drittes; daß wir regieren und wir schimpfen. Das war das Schicksal unserer

Partei, als sie sich in das Schlepptau der Großen Koalition Stressemann I und II nehmen ließ.

Wir sehen an der österreichischen Entwicklung, daß die Sozialdemokratie bei einem gewissen entscheidenden Umfange ihrer Macht nicht auf die Dauer sich aus der Regierungsmacht ausschalten lassen darf. Diese Situation ist in Deutschland nicht oder noch nicht da. Ob sie durch die Wahlen geschaffen wird, wissen wir nicht. Soweit sich Experimente in Wahlsystemen ausdrücken, sieht am Schluß des Bürgerblock-Experiments die Wahlüberläufer der Schwarzweißrotten, der Dunkelmänner und Zollräuber.

Die Resultate von Altona, Hamburg und Königsberg sollen uns anspornen, diese große Abrechnung vorzubereiten und alle Kräfte daranzusetzen.

Die Kommunisten versagen wieder!

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie bleibt ihr Ziel!

H. Hamburg, 10. Oktober. (Sig. Drahtber.)

Das am Montag amtlich errechnete Wahlergebnis behält den harten Zug nach links. Leider aber wird sich die starke sozialdemokratische kommunistische Mehrheit 90 Mandate von 100 nicht voll auswirken lassen. Die Kommunisten denken gar nicht daran, verantwortlich im Interesse der Arbeiterschaft mitzuarbeiten. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist ihnen alles. Das läßt die kommunistische Volkszeitung am Montag in ihrer Stellungnahme zu dem Wahlergebnis deutlich erkennen. Sie weiß nichts Besseres, als gleich 10 Forderungen aufzustellen, die in den Parteien kritisiert werden sollen. Eine Wandlung der Hamburger kommunistischen Partei ist jedenfalls sehr unwahrscheinlich. Es dürfte deshalb — wie das Hamburger Echo festhält — voraussichtlich zwar bei der bisherigen Regierungskoalition bleiben, ohne daß sich die Sozialdemokratie über einen Zwang oder eine Bindung über das Maß ihrer Forderungen, die sich aus dem neuen Machtverhältnis ergeben, von den Koalitionsparteien auferlegen lassen würde. Es sei nicht parteipolitisch zu wünschen, daß sie dazu treibe. Sondern das Gefühl der verdammt Pflicht und Schuldigkeit, die sie gegenüber den proletarischen Wählern zu erfüllen habe.

S. Berlin, 11. Oktober. (Sig. Funkpruch.) Der Fortschritt der Kommunisten in Hamburg wird in der heutigen Ausgabe der Roten Fahne in einem mehrere Spalten umfassenden Leitartikel gefeiert. In dem ganzen Artikel aber steht kein Wort davon, daß die Kommunisten nunmehr auch bereit sind, die „Einheitsfront“ mit der Sozialdemokratie in der Hamburger Regierung herzustellen. Statt dessen wird unumwunden angegeben, daß nach wie vor der Kampf gegen die Sozialdemokratie das höchste Ziel der Kommunisten sein wird.

Ragenjammer

Unter den bürgerlichen Blättern Hamburgs lassen die den Deutschnationalen nahestehenden Hamburger Nachrichten ihre Niedergeschlagenheit am deutlichsten erkennen. Die Deutschnationalen hatten als ihr Ziel 50 bis 55 Mandate angegeben, statt dessen sind sie auf 25 Mandate zurückgegangen. Der Ragenjammer hat also keine Berechtigung. Das volksparteiliche Organ, der Hamburger Korrespondent, hält den künftigen Einfluß der Sozialdemokratie für so stark, daß die Volkspartei in der Regierungskoalition nicht mehr mitmachen könnten und wirft deshalb die Frage auf, ob diese Bürgerlichkeit nicht

schon nach Jahresfrist der Auflösung verfällt. Das Hamburger Fremdenblatt findet eine Erklärung für den Wahlausfall nur in der Tatsache, daß die jetzt im Reich vorhandene Rechtsregierung in den breiten Volksmassen eine wachsende Unzufriedenheit auslöst. Der deutschnationale Hamburger Anzeiger begt die Befürchtung, daß Hamburg zu einer „Hochburg der Roten, zu einem zweiten Wien“ werden könnte.

Faschistische Zunft

Von unserem italienischen Mitarbeiter

E. Rom, Anfang Oktober.

Es ist ziemlich belanglos, ob man den faschistischen Versuch der Zwangsorganisation nach Verufen als Rückkehr zur Zunft oder zur Güde bezeichnen will oder ihm den Namen beilegt, den er sich selbst gibt, den einer korporativen Organisation. Nur von einem „syndikalistischen Experiment“ soll man durchaus nicht sprechen, wenn man nicht für ganz verschiedene Dinge denselben Namen anwenden will.

Man darf nicht vergessen, daß die „korporative Organisation“ der Gesellschaft keineswegs ein Programm des Faschismus war, der ihm bei seiner Festgreifung als durch sie zu verwirklichen vorgeschwebte. Vielmehr war die Festgreifung sich selbst Zweck. Das korporative Programm stellte sich in der Folge ein als Mittel der Festbehauptung. Um sich gewaltlos — freilich sehr lahm verteidigten — Regierungsgewalt zu bemächtigen, hatte der Faschismus die ganze freie Arbeiterbewegung vernichten müssen, zum Teil durch Ermordung oder Verbannung ihrer Führer. Indem er dies tat, diente er nicht nur seinen künftigen Rechtswenden, sondern sorgte auch für seine augenblicklichen Lebensbedürfnisse, da bekanntlich die ersten faschistischen „Zellen“, die Squadristengruppen, von den Agrariern und — in weit geringerem Maße — von den Fabrikbesitzern ausgehalten wurden, um die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu zerstören. Sobald aber der Faschismus an die Regierung und damit an die Staatskasse gelangt war, mußte er versuchen, seine Notmäßigkeit gegenüber den Agrariern und Unternehmern zu verhindern. Er brauchte sie nicht mehr oder konnte sich wenigstens einbilden, sie nicht mehr zu brauchen. Wenn sie auffällig wurden, hielt man ihnen entgegen: Wir haben euch die Arbeiter firre gemacht, jetzt zeigt euch dankbar. So verfiel man auf die „juristische Disziplinierung der kollektiven Arbeitsverhältnisse“, wie das Gesetz vom April 1926 heißt. Der Faschismus konnte die seinem Ursprung anhaftende Untertänigkeit unter das Unternehmertum nie abschütteln, solange er die Arbeiter mehr als lieb und die Unternehmerverbände in unverfügbare Macht. Durch sein Gesetz über die Rechtsfähigkeit der syndikalischen Vereinigungen erreichte er Anarchie: er stellte die bestehenden Unternehmerverbände unter seine Oberhoheit und schuf Arbeiterorganisationen, die, ohne Autonomie und jeder wirklichen Macht bar, als Interessenverbände gegen das Unternehmertum ausgespielt werden konnten. Er machte so die einen wie die anderen zu Figuren auf seinem Schachbrett, wobei er noch den Vorteil hatte, durch allerhand Bestimmungen vom grünen Tisch aus das Dium der Arbeiterfeindschaft von sich abzulenken.

Der kurze Sinn des langen Gesetzes ist der: eine Vereinigung, die einen gegebenen Bruchteil der Berufs-tätigen umfaßt, kann, wenn sie nationale, d. h. faschistische Grundzüge betätigt, gesetzlich anerkannt werden. Durch die Tatsache dieser Anerkennung monopolisiert sie die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit; ihre Rechtsbehandlungen (Lohnregulierung, Tarifverträge usw.) sind verbindlich für alle Berufsangehörigen, auch die ihr nicht Angehörigen, von allen kann sie Beiträge eintreiben. Das heißt also: die gewerkschaftliche Organisation ist frei, aber alles, was den Sinn und Zweck dieser Organisation ausmacht, ist nur durch die faschistischen Syndikate zugänglich. Niemand ist gezwungen, den faschistischen Syndikaten beizutreten, ebensowenig jemand gezwungen ist, die Luft zu atmen, die ihn umgibt; will er aber arbeiten, so muß er in ein Syndikat, wie er eben diese Luft atmen muß, wenn er nicht ersticken will. Weiterer Zwang ist nicht dabei. Es gibt keine Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation außerhalb des Faschismus. Dafür, daß sich die Arbeitervereinigungen innerhalb des Faschismus nicht zu einer wirklichen Macht ausbilden, dafür sorgt das Gesetz, indem es sie ganz den politischen Behörden unterordnet und jeglicher Autonomie beraubt. So handelt es sich um eine rein nominale Macht, die nur mit Einwilligung der Regierung eventuell als wirkliche Macht ausgespielt werden kann. Wenn es die Regierung erlaubt, können die Arbeiter ihre ohne diese Erlaubnis nur auf dem Papier stehende Macht gegen die Unternehmer kehren und umgekehrt. So stellen die gesetzlich anerkannten Vereinigungen gleichsam eine Machtreserve des Regimes dar, aber keine Macht an sich. Das gilt auch für die Unternehmerorganisationen, mit dem Unterschied, daß die Unternehmer ihre wirtschaftliche Macht zur Geltung bringen können, namentlich als ein Mittel zur Beeinflussung der faschistischen Parteistellen. Außerdem liegt es in der Natur des kapitalistischen Betriebs, daß der Unternehmer leichter die Gesetze umgehen kann als der Arbeiter. Wohl verbietet das

Hamburger Blatt



„Säh, Hein, de annern hebdt tom Geburtsdag saggt, tom Wahldag saggen wi, — wer toleht saggt, saggt am besten!“